

1 EINLEITUNG

"Throughout my inquiry I have used the term *democracy* in its strict sense, as *government by the people*, and not in the slipshod way in which it is now too often employed to denote the *wage-earning classes*. That this misuse of the term is responsible for much slipshod thought on political matters, will, I trust, be made clear in the latter part of this little work".

J. Holland Rose: *The Rise of Democracy*, London ²1904 (Originalausgabe: 1897), S. V.

Während der Regierungszeit Königin Viktorias (1837-1901) erlebte Großbritannien mehrere landesweit agierende politische Volksbewegungen, die politische Partizipation und soziale Reformen einforderten. Von diesen haben vor allem der Chartismus (1830er/1840er Jahre) und die Anfänge sozialistischer Organisationsbildung (1880er Jahre) schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer wieder die Beachtung der Historiker gefunden. Trotz der großen Wahlreformbewegung der 1860er Jahre stand dagegen die Zeit von ca. 1850 bis 1875 bis vor kurzem eher auf der Schattenseite des Forschungsinteresses. Dies lag nicht zuletzt an einer historiographischen Tradition, die die Untersuchung politischer Volksbewegungen als Teil der Arbeitergeschichte verstand. Deren Ansätze waren in Großbritannien nicht ausschließlich, aber doch bei zahlreichen prominenten Vertretern durch einen akademischen Marxismus geprägt, der die Geschichte der Arbeiterbewegung als Teil einer Geschichtswissenschaft mit sozialistisch-humanistischem Anspruch und als Beitrag zur Emanzipation unterdrückter Klassen verstand. Dieser Marxismus, der von Historikern wie E. P. Thompson, Eric Hobsbawm, Christopher Hill und John Saville repräsentiert wurde, mündete in das Projekt einer *people's history*, die durch *history workshops* über den akademischen Bereich hinauszugreifen suchte¹.

Fast schon zwangsläufig interessierten diese Historiker vornehmlich Phasen politischer Aktivität, die als Ausdruck eines erwachenden Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft interpretiert werden konnten. Diese Deutungsmöglichkeit bot sich insbesondere für einzelne Stränge des Chartismus und die sozialistischen Ansätze der 1880er Jahre an. Die zwischen diesen beiden Höhepunkten liegenden Jahrzehnte inspirierten die Vorstellungskraft

¹ Kenny: *First New Left* (1995), S. 69-85; Samuel (Hg.): *People's History* (1981).

und das wissenschaftliche Interesse dagegen nur in geringem Maße: Die post-chartistische Arbeiterbewegung galt als eine "servile generation"², die jeden gesellschaftlichen Umgestaltungswillen vermissen ließ. Eine expandierende Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung beschränkte sich nach dieser Lesart auf Reformen innerhalb des existierenden gesellschaftlichen und politischen Systems, während die politische Arbeiterbewegung, deren Führer "schwach und korrupt" waren, "fest im Schlepptau der Liberalen" gefangen schien³. Die "reformistische" und "moderate" Generation nach 1850 fiel in ihren Zielen und Aktivitäten damit deutlich hinter den "revolutionären" oder zumindest "klassenbewußten" Charakter der Chartisten und Sozialisten zurück, die den faszinierenden Teil der politischen Arbeitergeschichte bildeten.

Wenn sich die Einschätzung der post-chartistischen Epoche in der Forschung seit den 1990er Jahren wandelt, so hat dies nicht nur mit einer allgemeinen Krise marxistisch begründeter Forschungsansätze zu tun, sondern auch mit einem grundlegenden theoretischen Paradigmenwechsel innerhalb der britischen Sozialgeschichtsschreibung. Politische Volksbewegungen werden im Rahmen einer kulturalistischen Wende nicht in erster Linie als politischer Arm der Arbeiterbewegung interpretiert, sondern als eigenständige Akteure im öffentlichen Raum, deren Aktivitäten von einer breiten Auslegung staatsbürgerlicher Partizipationsansprüche getragen waren. Zwar wird auch von den "revisionistischen" Historikern nicht geleugnet, daß sich diese Volksbewegungen in ihrer sozialen Trägerschaft vornehmlich aus gelerntem Handwerk und gebildeter Facharbeiterschaft rekrutierten, bestritten wird aber, daß politisches Handeln als unmittelbarer Ausdruck bestimmter "objektiver" Klasseninteressen verstanden werden kann. Stattdessen werden Kategorien sozialer Beschreibung (wie z. B. "Klasse") selbst als Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Aushandlungsprozesse gedeutet. Am Ausgangspunkt solcher Untersuchungen steht daher nicht länger die soziale Lage der Akteure, sondern deren Beitrag zur Schaffung sozialer und politischer Identitäten durch kommunikative Prozesse im öffentlichen Raum⁴. Diese kulturgeschichtlichen Ansätze sehen die gesellschaftlichen und politischen Aushandlungsprozesse von eigenständigen Entwicklungslogiken gekennzeichnet, die soziale Gegebenheiten nicht eingleisig reflektierten,

² Postgate: *Builders' History* (1923), S. 182, Zitat ebd.; Webb: *History* (1894), S. 160-163; Beer: *History* (1919/1929), Bd. 2, S. 195.

³ Hobsbawm: *Blütezeit* (1975/1980), S. 145, Zitate ebd. Für die Phasen der englischen Arbeiterhistoriographie Savage/Miles: *Remaking* (1994), S. 1-20 u. 74-76.

⁴ Vernon: *Politics* (1993); Joyce: *Democratic Subjects* (1994).

sondern konkurrierende Varianten von deren Beschreibung hervorbrachten und in politischen Auseinandersetzungen durchzusetzen suchten⁵.

Die Heftigkeit, mit der "Revisionisten" und "traditionelle" Sozialgeschichte in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren aufeinanderprallten⁶, darf nicht den Blick dafür verstellen, daß im Wechselspiel von Angriff und Verteidigung häufig überdimensionierte "Strohmannen"⁷ attackiert wurden, die wenig Ähnlichkeit mit den Theorieansätzen oder erst recht der Forschungspraxis der jeweils anderen Seite hatten. So hielten die "Revisionisten" ihren Gegnern einen kruden Marxismus vor, der die britische Sozialgeschichte einem "ökonomischen Reduktionismus" unterworfen habe. Diese Sicht der Dinge unterschlägt, daß sich die "marxistischen" Historiker zumindest von orthodoxen Vorgaben der Kommunistischen Partei frühzeitig zu befreien wußten⁸ und ein für die Sozialgeschichte unverzichtbares innovatives Potential entfalteten. Nichts wäre irreführender als anzunehmen, die englische Sozialgeschichte in ihrer ganzen Breite habe alltags- oder kulturgeschichtliche Aspekte vernachlässigt. Schon dem vielgescholtenen E. P. Thompson - für Freund und Feind einer der Gründerväter moderner englischer Sozialgeschichtsschreibung - kann bei aller Kritik an einzelnen Elementen seines Theoriedenkens eines nicht vorgeworfen werden: Er sei ein "ökonomischer Reduktionist" gewesen. Gerade Thompson beschrieb "Klasse" nicht als mechanischen Reflex der Produktivkräfte, sondern als ein historisches, von Menschen selbst geschaffenes Phänomen, "which in fact happens (and can be shown to have happened) in human relationships"⁹. Sein Hauptwerk, *The Making of the English Working Class* (1963), widmete sich in erster Linie der kulturellen und schöpferischen Dimension des Klassenbildungsprozesses, nicht dessen ökonomischer Herleitung. Durch die von ihm rezipierten kulturanthropologischen Ansätze vollzog gerade Thompson eine erste "kulturalistische" Wende der britischen

⁵ Zur internationalen Debatte um postmoderne Zugänge zur Geschichte, in die sich die britische Diskussion eingliedern läßt, vgl. Conrad/Kessel (Hgg.): *Geschichte* (1994); Hardtwig/Wehler (Hgg.): *Kulturgeschichte Heute* (1996); Wehler: *Herausforderung* (1998); Mergel/Welskopp (Hgg.): *Geschichte* (1997); Daniel: *Clio* (1997); Iggers: *Zur "Linguistischen Wende"* (1995).

⁶ Für die im Folgenden zusammengefaßte Debatte, die u. a. in *Past and Present* und *Social History* geführt wurde, vgl. Mares: *Abschied* (1997), insbesondere die dort in Anm. 37 genannten Beiträge.

⁷ Vgl. Klagen bei Meiksins Wood: *Retreat* (1986), S. 103; Vernon: *Who's Afraid* (1994), S. 84.

⁸ Kenny: *First New Left* (1995), S. 10-53; Kaye: *British Marxist Historians* (1984).

⁹ Thompson: *Making* (1963/1980), S. 8.

Sozialgeschichte¹⁰ - nicht zuletzt aus diesem Grund blieb sein Arbeiterbegriff vage und "sozialökonomisch nicht substantiiert"¹¹.

Umgekehrt treffen Vorhaltungen, die "Revisionisten" lösten jegliche historische Wahrheit in ein unverbindliches Spiel von Diskursen auf, bestenfalls einige theoretische Verlautbarungen "postmoderner" Historiker - doch in ihren Forschungen erweist sich eher der konstruktive Gehalt ihrer Überlegungen für die Nachzeichnung sozialer und politischer Identitäten. Von einem Unmöglichwerden historischer Forschung sind auch ihre Arbeiten weit entfernt, wenngleich insbesondere dezidiert sprachwissenschaftliche Ansätze, die unter dem Stichwort des *linguistic turn* auftreten, ihre eigenen Erklärungsprobleme mit sich bringen. So können beispielsweise poststrukturalistisch argumentierende Historiker das Phänomen des historischen Wandels aufgrund ihres synchronischen Denkmodells nur schwer erfassen¹².

Bei allen Verwirrspielen der wechselseitigen Angriffe haben die Theorie- debatten der 1990er Jahre dennoch wichtige Klärungsprozesse im Selbstverständnis der britischen Sozialgeschichte eingeleitet. So geben "traditionelle" Sozialhistoriker ohne Zögern zu, die *gender*-Dimension in ihren lange Zeit auf den männlichen Fabrikarbeiter ausgerichteten Forschungen vernachlässigt zu haben¹³. Ebenso ist deutlich geworden, daß auch die politische Dimension menschlichen Handelns, die anfangs bei marxistischen Sozialhistorikern als Kritik am "kapitalistischen" Staat noch eine bedeutende Rolle gespielt hatte, in der Forschungspraxis immer stärker in den Hintergrund getreten war¹⁴. Darin unterscheidet sich die britische Sozialgeschichte von der bundesdeutschen Variante, deren Vertreter auf dem Weg zu einer integrativen Gesellschaftsgeschichte auch die Politik nie völlig aus den Augen verloren¹⁵.

¹⁰ Thompson: *Folklore* (1978); Thompson: *Poverty* (1978); Nield: *Symptomatic Dispute* (1980); Kaye/McClelland (Hgg.): *E. P. Thompson* (1990).

¹¹ Kocka: *Klassen oder Kultur?* (1982), S. 962.

¹² Wehler: *Herausforderung* (1998), S. 77-80; Weir: *Wanderings* (1993), S. 237; Stedman Jones: *Anglo-Marxism* (1997), S. 175-180; Wahrman: *New Political History* (1996), S. 352-354.

¹³ Kirk: *Change* (1998); Mares: *Verhältnis* (1999).

¹⁴ Cronin/Schneer: *Social History* (1982); Eley/Nield: *Social History* (1980); Gray: *Class* (1994), S. 211/212. Allerdings gab es selbstverständlich stets Sozialhistoriker, die die politische Dimension der Geschichte nicht vernachlässigten, wie Belchem, Epstein und Prothero.

¹⁵ Wehler: *Gesellschaftsgeschichte* (1987), Bd. 1, S. 6-12, 17-19 u. 26-30; Langewiesche: *Sozialgeschichte* (1986), S. 19-21.

Neu ist in gewisser Weise auch die Reaktion auf die Ergebnisse wirtschaftsgeschichtlicher und - paradoxerweise - sozialgeschichtlicher Forschungen. Es bedurfte keiner triumphalistischer Revisionismen, um die Sozialhistoriker erkennen zu lassen, daß die Industrialisierung - anders als lange angenommen - kein universaler, geradliniger Prozeß war, der bei einem Großteil der Bevölkerung zu sozialem Elend und beruflicher Unsicherheit, als Reaktion auf diese Erfahrungen aber auch im frühen 19. Jahrhundert zur Schaffung einer klassenbewußten Arbeiterbewegung geführt hätte¹⁶. Stattdessen wird die Industrialisierung inzwischen übereinstimmend geschildert als "slow-moving and multi-dimensional process of combined and uneven development", deren regionaler Variationsreichtum und langsame Durchsetzung kaum zur einheitlichen "Klassenerfahrung" der Arbeitskräfte mit "dem" industriellen Produktionsprozeß führen konnten¹⁷. Bezeichnenderweise war nicht die große Textil- und Maschinenbaufabrik kennzeichnend für die Industrialisierung, sondern diese war außerhalb Lancashires und Teilen Yorkshires bis ins späte 19. Jahrhundert hinein getragen vom Kleinbetrieb, meist der um einen Meister gruppierten Werkstatt¹⁸. Selbst Manchester, schon für Zeitgenossen das "symbol of a new age", ließ sich nicht ohne Einschränkungen als *factory town* charakterisieren¹⁹. London schließlich blieb ohnehin trotz mancher Industrieansiedlung "overwhelmingly a city of small masters, the main centre of workshop manufacturing in the country"²⁰.

Es bedurfte auch keiner Revisionisten, um die Auffassung zu relativieren, wenn schon nicht zu Beginn, so habe sich doch wenigstens gegen Ende des 19. Jahrhunderts "the homogeneous character of a factory proletariat"²¹ herausgebildet. Zwar lassen sich durchaus die Entstehung einer speziellen Arbeiterkultur und - mit Abstrichen - Segregationstendenzen zwischen bür-

¹⁶ Morris: *Class* (1979), S. 47-56. Insbesondere Thompson argumentierte, ab 1830 könne von der Existenz der *working class* gesprochen werden, vgl. Thompson: *Making* (1963/1980), S. 781-915.

¹⁷ Belchem: *Popular Radicalism* (1996), Zitat S. 3; Crafts: *British Economic Growth* (1985); Wrigley: *Continuity* (1988); O'Brien/Quinault (Hgg.): *Industrial Revolution* (1993). Zu den "Konjunkturen" der Industrialisierungshistoriographie Cannadine: *Present* (1984).

¹⁸ Samuel: *Workshop* (1977). Noch 1898/99 lag die Durchschnittszahl der Beschäftigten pro Betrieb bei unter 30, vgl. McKibbin: *Marxism* (1984), S. 301.

¹⁹ Briggs: *Victorian Cities* (1963), S. 88-97, Zitat S. 88; Hewitt: *Emergence* (1996), S. 35-37.

²⁰ Green: *Artisans* (1995), S. 26-32, Zitat S. 26; Hall: *Industries* (1962), S. 37-120.

²¹ Hobsbawm: *Worlds* (1984), S. 181/182 u. 194-213, Zitat S. 181/182.

gerlichen und Arbeitervierteln in den großen Städten ausmachen²², doch eine klare "Klassenpolitik" ergab sich daraus nicht. Die Konsumenten der *Music Halls*, des Fußballs und des jährlichen Badeurlaubs waren eher unpolitisch oder sogar konservativ als revolutionär. Die teilweise kommerzialisierten Formen dieser Arbeiterkultur boten keine kritische Antwort auf den etablierten Kapitalismus, sondern lebten diesen und trugen zu seiner Verfestigung bei²³.

Doch wenngleich die sozialhistorische Forschung durch solche Ergebnisse selbst viele der Grundlagen, die traditionell die Erklärung politischen Handelns aus dem Klassenparadigma heraus stützten, in Frage stellte²⁴, so antwortete sie auf diese Erkenntnisse doch häufig mit dem Versuch, das Paradigma selbst durch weitergehende Differenzierungen in den Forschungsansätzen zu behaupten²⁵. Darin zeigt sich, wie sehr die Arbeitergeschichte ihr Untersuchungsobjekt zumindest unterschwellig "with a range of Marxist or sociological notions of class consciousness"²⁶ befrachtete, die einen neuen Zugang zu den Motiven und Formen politischen Handelns verstellten. Ohne die Realität sozialen Elends zu leugnen²⁷ haben die revisionistischen Ansätze dazu beigetragen, das Klassenparadigma als Forschungskategorie aufzugeben, um neue Erklärungen politischen Handelns erproben zu können. In dieser Hinsicht hat also die historiographische Theoriedebatte das Problembewußtsein für die Zusammenhänge von ökonomischen und sozialen Gegebenheiten einerseits, den Handlungsmotiven historischer Akteure andererseits geschärft²⁸. Selbst wenn sich die britische Sozialgeschichte nie in marxistischen Ansätzen erschöpfte²⁹, dominierten deren Kategorien gerade die Arbeitergeschichte - in Großbritannien ähnlich wie in Deutschland ein wesentlicher Ursprung der Sozialgeschichte³⁰ - nachhaltig. Sie hinterließen die Vorstellung einer heroischen Arbeiterklasse, die als Träger fortschrittlicher politischer Entwicklungen gesehen wurde. Alternative Interpretations-

²² Savage/Miles: *Remaking* (1994), S. 62-68; Stedman Jones: *Outcast London* (1971/1984), S. 159-178; Hewitt: *Emergence* (1996), S. 54-64. Zur Relativierung Cannadine: *Residential Differentiation* (1982); Lawrence: *Speaking* (1998), S. 29-35 u. 138-146.

²³ Stedman Jones: *Languages* (1983), S. 179-238; aber auch Kirk: *Culture* (1991).

²⁴ Lawrence: *Speaking* (1998), S. 26-69.

²⁵ Savage/Miles: *Remaking* (1994); Calhoun: *Question* (1982).

²⁶ Stedman Jones: *Languages* (1983), S. 93/94.

²⁷ Differenzierte Überblicke bei Mommsen: *Lage* (1981); Eisenberg: *Arbeiterschaft* (1994).

²⁸ Host: *Victorian Labour History* (1998), S. 60-91. Zur Vereinbarkeit der unterschiedlichen Ansätze Steinberg: *Culturally Speaking* (1996).

²⁹ Taylor: *Beginnings* (1997); als Beispiel Tholfsen: *Working Class Radicalism* (1976).

³⁰ Zur Arbeiterhistoriographie in beiden Ländern Breuilly: *Labour* (1992), S. 116-119.

ansätze, die beispielsweise bereits für die Chartisten das Fehlen eines revolutionären Klassenbewußtseins konstatierten, blieben Randerscheinungen, die die dominierenden Erklärungsmuster der Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung kaum beeinflussen konnten³¹. Zudem konsolidierten die marxistischen Ansätze einen methodologischen *common sense*, der Politik als Auseinandersetzung um die Verteilung von Einkommen und Macht, also aus der ökonomisch bedingten Klassenstruktur der Gesellschaft heraus, interpretierte.

Ein Musterbeispiel für diese Art der Forschung bildet die Arbeiteraristokratietheorie³². Sie galt gerade marxistisch inspirierten Historikern als "crucial" für die Interpretation der politischen Arbeiterbewegung nach 1850³³. Diesem Ansatz zufolge rekrutierte sich die politische Arbeiterbewegung aus den "distinctive upper strata of the working class, better paid, better treated and generally regarded as more 'respectable' and politically moderate than the mass of the proletariat"³⁴. Durch die Vermittlung dieser sozial ambitionierten "Arbeiteraristokraten" sei "the culture of their employers" aktiv in der Arbeiterschaft verbreitet worden³⁵. Eine revolutionäre Gesinnung konnte sich unter diesen Umständen nicht entfalten; politisch wurden die "Arbeiteraristokraten" zu bloßen "adjuncts of the ruling class"³⁶.

Trotz aller Verdienste der Arbeiteraristokratietheorie um die Erhellung innerer Differenzierungen in der Arbeiterschaft spielt sie für die Erklärung politischen Handelns inzwischen keine Rolle mehr. Zu einseitig war ihr Verständnis der Zusammenhänge zwischen materiellen Faktoren und politischem Handeln. Hier hat die revisionistische Kritik wesentlich komplexere Betrachtungen angeregt. Zwar muß weiterhin nicht bestritten werden, daß die "Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewußtseins ... zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen" ist. Gleichmaßen gilt, daß "die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ... mit dieser ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens"³⁷ ändern. Die revisionistische Geschichtswissenschaft geht jedoch davon aus,

³¹ Harrison/Hollis: *Chartism* (1967); siehe auch Mommsen: *Typologie* (1979), S. 226/227.

³² Als Überblick Lummis: *Labour Aristocracy* (1994), S. 1-25; Breuilly: *Labour* (1992), S. 26-75; Gray: *Aristocracy of Labour* (1981/1990). Zur Adaption des bereits zeitgenössischen Terminus *labour aristocracy* durch Engels und Lenin ebd., S. 139-145.

³³ Harrison: *Before the Socialists* (1965), S. 1-39, Zitat S. 5.

³⁴ Hobsbawm: *Labouring Men* (1964/³1972), S. 272-315, Zitat S. 272.

³⁵ Foster: *Class Struggle* (1974), S. 203-250, Zitat S. 250.

³⁶ Burgess: *Origins* (1975), S. 102.

³⁷ Marx/Engels: *Deutsche Ideologie* (1847/1960), Zitate S. 22 u. S. 23.

daß die *Art und Weise*, in der die materiellen Kräfte gesellschaftlich auftreten, durch variable kulturelle Deutungsmuster geformt ist. In den Worten des Anthropologen Marshall Sahlins bedeutet eine "kulturalistische" Perspektive nicht, "that the material forces and constraints are left out of account, or that they have no real effects on cultural order". Sie erkennt aber, "that the nature of the effects cannot be read from the nature of the forces, for the material effects depend on their cultural encompassment. The very form of social existence of material force is determined by its integration in the cultural system"³⁸.

In Übertragung auf die Geschichtswissenschaft folgt aus einem solchen Ansatz, daß keinem historischen Akteur ein "falsches" Bewußtsein vorgeworfen werden kann, würde dieses doch die Existenz *einer* angemessenen Deutung materieller Gegebenheiten voraussetzen. Dieser Ansatz läßt aber die Sichtweise zu, daß das gesellschaftliche Gruppen konstituierende plausible Wissen über ihre soziale Lage sich aufgrund "objektiver Folgen" im Handeln als *mehr* oder *weniger* erfolgreich erweisen kann. Damit wird eine langfristige Veränderung der Welterklärungsmuster denkbar; die Schwierigkeiten des *linguistic turn* in der Erklärung historischen Wandels sind überwunden³⁹.

Das herkömmliche Bild der Entwicklung politischer Volksbewegungen nach 1850 hat durch die neuen Forschungsansätze bereits wesentliche Änderungen erfahren. Während die marxistisch inspirierte Arbeiterbewegungsgeschichte sich die Frage stellen mußte, aus welchem Grund es zum Abflauen "revolutionärer" Energien nach dem Chartismus kam, bestreitet die neuere Forschung eine solche Kluft um 1850. Statt die Betrachtung politischer Volksbewegungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung aufgehen zu lassen, weitet sie die Betrachtungsperspektive aus und subsumiert diese politischen Kräfte unter die Geschichte radikalen Denkens und Handelns in Großbritannien. Von Gareth Stedman Jones angeregte Forschungen zur Sprache politischer Programme betonen die Kontinuität des *radicalism* seit dem späten 18. Jahrhundert⁴⁰. In dieser Tradition radikaler Kritik, deren Forderungen sich um das Anliegen einer Parlamentsreform konzentrierten, stand auch noch die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Radikales Denken, nicht ein antagonistisches Klassenbewußtsein, dominierte auch die

³⁸ Sahlins: *Culture and Practical Reason* (1976), Zitate S. 206.

³⁹ Zahlreiche Aspekte der britischen Theoriedebatte sind vorweggenommen bei Griebinger: *Das symbolische Kapital* (1981), S. 28-48 u. 426-435.

⁴⁰ Stedman Jones: *Languages* (1983); Biagini: *Liberty* (1992); Biagini (Hg.): *Citizenship* (1996), S. 1-17; Finn: *After Chartism* (1993).

Sprache des Chartismus. Dieser erscheint damit nicht länger als eine "revolutionäre" Phase gegenüber der "moderaten" Arbeiterbewegung nach 1850, sondern nahm deren wesentliche Argumentationsmuster bereits vorweg⁴¹. Den Eindruck, nach 1850 habe sich ein Wandel vollzogen, erklärt die revisionistische Historiographie weniger aus Veränderungen in der politischen Arbeiterbewegung als aus der Handlungsweise des Staates: Die Reformen Peels, insbesondere die Aufhebung der *Corn Laws* 1846, begründeten nach dieser Sichtweise einen "moralized capitalism", der "the material sources of popular discontent" durch einen Rückzug des Staates aus dem ökonomischen Bereich reduzierte. Die Senkung der Verbrauchssteuern und ein Abflauen politischer Repression erlaubten die Integration der Arbeiterschaft in das politische und gesellschaftliche System, das sich als anpassungsfähig und reformbereit erwies⁴². Eugenio Biagini betont, daß Konzepte wie *liberty*, *citizenship* und *retrenchment* die Reformwartungen der Arbeiter in den 1860er Jahren angemessen zum Ausdruck brachten. Sie markierten somit keine Selbstaufgabe der Arbeiterbewegung gegenüber dem Liberalismus, sondern boten im Rahmen eines *popular liberalism* eine plausible, in englischen Traditionen verwurzelte Antwort auf die Herausforderungen der Wettbewerbswirtschaft und der fortbestehenden Ausgrenzung des Großteils der Bevölkerung aus den politischen Entscheidungsstrukturen⁴³.

Diese Neubetrachtung der politischen Arbeiterbewegung bzw. die Betonung ihres Charakters einer *radical movement* läßt die "Kluft" nach 1850, die die Forschung so lange umgetrieben hat, auf elegante Weise hinter der Kontinuität radikalen Denkens und der stärkeren Berücksichtigung staatlichen Handelns verschwinden⁴⁴. Eine Kooperation der Arbeiterbewegung mit der Liberal Party erscheint nicht länger als Anpassung bessergestellter Sektoren der Arbeiterschaft an die existierende politische und gesellschaftliche Ordnung, sondern als plausible Option der Vertretung eigener Interessen.

Dennoch gerät die Betonung einer im Liberalismus aufgehobenen Kontinuität radikalen Denkens in die Gefahr, das hergebrachte Bild vom unauf-

⁴¹ Formuliert wurde diese These bereits früher, vgl. Adnitt: *Rise* (1967), S. 269-272. Erst Stedman Jones löste jedoch durch seine provozierende Verbindung dieser inhaltlichen Erkenntnis mit einer grundlegenden Methodenkritik eine breite Reaktion unter den britischen Sozialhistorikern aus.

⁴² Stedman Jones: *Languages* (1983), S. 168-178, Zitate S. 176.

⁴³ Biagini: *Liberty* (1992).

⁴⁴ Die Kontinuitäten reichen bis in die Labour Party hinein, vgl. Biagini/Reid (Hgg.): *Currents* (1991). Zur Debatte über den Reformcharakter des Staates Wiener: *Unloved State* (1994).

haltsamen Aufstieg der Arbeiterbewegung durch ein ähnlich teleologisches Modell vom Aufstieg des Liberalismus zu ersetzen. Gegen diese harmonisierende Interpretation des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und Liberalismus wenden sich Historiker, die zwar ebenfalls die Untersuchung von Sprache und die Kontinuität radikalen Denkens in den Mittelpunkt ihrer Forschungen rücken, aber gerade Widersprüche und Ambivalenzen der politischen Entwicklung herausarbeiten⁴⁵. Gegen die These vom stetigen Fortschreiten des Demokratisierungsprozesses unterstreicht James Vernon die Verluste, die mit der gesetzlichen Regelung der politischen Partizipation verbunden waren: Je stärker das Wahlrecht landesweit verbindlich festgelegt wurde, desto mehr verschwanden traditionelle Partizipationsmöglichkeiten außerhalb des regulierten Rahmens. Dies gilt beispielsweise für das Frauenwahlrecht, das erst durch die Wahlreform von 1832 ausdrücklich ausgeschlossen wurde⁴⁶. Der liberale, sozialintegrative Rechtsstaat erscheint in dieser Perspektive nicht länger als vorbestimmtes Ziel der historischen Entwicklung, sondern als Ergebnis kontingenter politischer Prozesse. Auch die Bindung vieler Arbeiter an die Liberal Party erwuchs nicht auf gleichsam "natürlichem" Wege aus der historischen Entwicklung, sondern beruhte auf der politischen Arbeit der Liberal Party, der es zeitweilig gelang, sich als Vertretung der Arbeiterinteressen zu präsentieren⁴⁷. Historiker, die sich abseits theoretischer Debatten der Untersuchung politischer Kultur widmen, betonen zudem die Vielfalt ritualisierter Darstellungsformen und institutioneller Ansätze, durch die sich ein Radikalismus jenseits des Liberalismus äußerte, und erschließen damit einen Bereich außerparlamentarischer Politik, der sich der Dominanz der Liberal Party zu entziehen suchte⁴⁸.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, diese unterschiedlichen Ansätze unter einem übergreifenden Konzept zusammenzuführen. Es wird argumentiert, daß sich bei all den unterschiedlichen politischen Kräften, die in der angeführten Literatur untersucht werden, von *einer* "demokratischen Bewegung" sprechen läßt, die bestrebt war, das Konzept des *government of the people, by the people, for the people* politisch durchzusetzen. In der theoretischen Ausgestaltung dieses Konzeptes flossen unterschiedliche, teilweise widersprüchliche Theorieansätze aus den Traditionen des klassi-

⁴⁵ Joyce: *Visions* (1991); Joyce: *Democratic Subjects* (1994); Vernon (Hg.): *Re-Reading* (1996); Vernon: *Politics* (1993). Ausführliche Vorstellungen dieser Werke bei Mares: *Ab-schied* (1997), S. 384-388; Wahrman: *New Political History* (1996).

⁴⁶ Vernon: *Politics* (1993), S. 38-45 u. 249.

⁴⁷ Lawrence/Taylor (Hgg.): *Party* (1997), S. 1-26 u. 79-105.

⁴⁸ Taylor: "Down with the Crown" (1999); Epstein: *Radical Expression* (1994).

schen Republikanismus, des Sozialismus, des Liberalismus, des *radicalism* und internationalistischer Denkansätze zusammen. Allerdings, so die These, scheiterte die demokratische Bewegung bei dem Versuch, eine vom Liberalismus abgrenzbare politische Identität auszubilden, die immer wieder mit dem Stichwort eines "wahren Liberalismus" (*true* oder *real liberalism*) versehen wurde. Durch die Suche nach einem "wahren Liberalismus" grenzte sich die demokratische Bewegung zwar von der Liberal Party ab, blieb aber zugleich den denkerischen Traditionen des Liberalismus verpflichtet. In der politischen Praxis resultierte aus dieser Voraussetzung eine schwankende Position zwischen Selbstbehauptung und politischer Kooperation mit der Liberal Party, die eine eigenständige Organisationsbildung verhinderte. Dabei ist stets zu berücksichtigen, daß der Begriff der "Liberal Party" eine geschlossene politische Organisation suggeriert, die es im Untersuchungszeitraum noch nicht gab. Vielmehr wurde unter "Liberal Party" (oft auch: "Liberal party") eine breite Sammlung populärer und parlamentarischer Reformströmungen verstanden, die durchaus heterogene Ziele verfolgen konnten⁴⁹. Gerade diese programmatische und organisatorische Offenheit der "Partei" trug wesentlich dazu bei, daß sich an ihr Hoffnungen auf ihre Umwandlung in eine "demokratische" Partei entzündeten konnten.

Obwohl die Untersuchung zeitlich mit den Entwicklungen in der *mid-Victorian era* insgesamt befaßt ist, liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf den Jahren zwischen 1867 und 1874. Die Wahlreform von 1867 leitete eine gravierende Verschiebung des politischen Koordinatensystems ein, sowohl für die Demokraten als auch für die im Parlament vertretenen Parteien. Die Ausweitung der Wählerschaft auf bisher von parlamentarischer Politik ausgeschlossene Bevölkerungsschichten unterwarf alle politischen Kräfte einem Veränderungsdruck. Nun mußten Conservative und Liberal Party, bislang eher lose, vornehmlich parlamentarisch existierende Gesinnungsgemeinschaften, organisatorische Strukturen entwickeln, die die neuen Wähler binden und mobilisieren konnten⁵⁰. Auch den Demokraten, denen die Kritik an der exklusiven Zusammensetzung des Parlaments stets ein zentrales Anliegen gewesen war, stellte sich die Frage, wie sie ihre eigenen politischen Forderungen und Artikulationsformen den veränderten Umständen anpassen konnten. Würde sich das Parlament in Zukunft offen für demokratische Ansprüche erweisen? Sollte demokratische Politik sich weiterhin außerhalb des Parlaments organisieren oder sich selbst zur Partei

⁴⁹ Vincent: *Formation* (1976).

⁵⁰ Machin: *Rise* (2001), S. 71-74.

konstituieren? Sollte nach der Gewährung des eingeschränkten Wahlrechts weiter für das universale Wahlrecht agitiert werden? Oder sollte der Schwerpunkt demokratischer Aktivitäten auf soziale Forderungen verlagert werden? Schließlich: Wie sollte das Verhältnis zur Liberal Party gestaltet werden? Würde der in dieser Partei organisierte Liberalismus zum Träger demokratischer Ziele werden oder sich als Machtbastion traditioneller gesellschaftlicher Eliten und Privilegien erweisen?

Als ein "leap into the dark" (Lord Derby) leitete die Wahlreform eine "Krise" ein, sofern diese verstanden wird "als eine offene Zeit, in der alle Zukünfte möglich scheinen und es gerade insofern teilweise auch sind"⁵¹. Gerade in der durch die Wahlreform geschaffenen politischen Situation boten sich den Demokraten vielfältige Optionen, über deren Erfolg oder Mißerfolg nur praktische Umsetzungsversuche entscheiden konnten. Die Antworten, die in den Jahren der ersten Regierung Gladstones (1868-1874) gefunden wurden, bestimmten das Verhältnis von demokratischer und parlamentarischer Politik bis in das beginnende 20. Jahrhundert hinein. In der Regierungspraxis mußte sich zeigen, ob liberale Versprechungen aus der Oppositionszeit bloße Rhetorik waren oder eine ernstgemeinte "Demokratisierung" der Politik ankündigten.

Um die langfristigen Entwicklungstendenzen demokratischen Denkens und demokratischer Politik herauszuarbeiten, wird über diesen Kernzeitraum der Untersuchung immer wieder hinausgegriffen. Insgesamt gerät so der Zeitraum vom späten 18. bis zum späten 19. Jahrhundert in den Blick.

In geographischer Hinsicht erstreckt sich die Untersuchung prinzipiell auf ganz Großbritannien. Trotz der unbestreitbaren Bedeutung lokalspezifischer Entwicklungsprozesse⁵² beruhte die Mobilisierungskraft der demokratischen Bewegung letztlich auf der Schaffung eines landesweiten politischen Akteurs, der an überlokale Identitäten und Problemlagen appellierte. Daher bildet gerade die nationale Ebene den angemessenen Ausgangspunkt für eine Erklärung der Entwicklung demokratischer Politik⁵³. Die Untersuchung konzentriert sich daher auf Organisationsansätze, die mit dem Anspruch antraten, die demokratischen Kräfte landesweit zu bündeln. Entsprechende Initiativen fanden sich in größerem oder kleinerem Umfang in allen Landesteilen. Es bedurfte aber letzten Endes einer politischen Basis in Lon-

⁵¹ Bourdieu: *Homo Academicus* (1984/1988), S. 258.

⁵² Diese wurden insbesondere von der Chartismus-Forschung frühzeitig herausgestellt, vgl. Briggs: *Chartist Studies* (1959); Epstein/Thompson (Hgg.): *Chartist Experience* (1982).

⁵³ Belchem: *Beyond Chartist Studies* (1990); Mares: *Radical* (2002).

don, sollten Vereinigungen oder politische Willensbekundungen ein landesweit wirksames Echo finden. Die Nähe zum Parlament garantierte demokratischen Meinungsbekundungen die Aufmerksamkeit der Politiker und einer landesweiten Presse, und die schiere Ausdehnung und Bevölkerungszahl der Metropole boten ein enormes Reservoir an potentiellen politischen Anhängern. Faktisch werden daher demokratische Bestrebungen in London im Mittelpunkt der Untersuchung stehen; Entwicklungen in anderen Landesteilen werden allerdings einbezogen, sofern sie einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau einer nationalen demokratischen Bewegung leisteten. Da die unterschiedlichen administrativen, religiösen und kulturellen Traditionen der Teilnationen (England, Schottland, Wales und Irland) zu Sonderentwicklungen führten⁵⁴, ist die Darstellung zudem auf Vorgänge in England konzentriert. Daher wird von *englischer* statt *britischer* Politik gesprochen, wenngleich in Einzelfällen auf Material aus Wales und Schottland zurückgegriffen wird.

Methodisch versteht sich die Untersuchung als Beitrag zu der in der britischen Forschung gegenwärtig angestrebten post-revisionistischen Politikgeschichte, die die Anliegen der "traditionellen" Sozialgeschichte und der Revisionisten zu vereinbaren sucht⁵⁵. Dabei wird davon ausgegangen, daß sich die demokratische Bewegung im Unterschied zu einem eher ökonomisch motivierten sozialen Protest "relativ autonom" von der sozialen Herkunft und der ökonomischen Lage ihrer Akteure entfaltete. Damit soll keineswegs die Bedeutung sozialgeschichtlicher Forschungsergebnisse für die Bearbeitung der Fragestellung geleugnet werden - dies wird hoffentlich immer wieder, beispielsweise im Kapitel über das politische Ethos der Demokraten, deutlich werden. Erst jüngst hat Iorwerth Prothero erneut die Möglichkeiten eines sozialgeschichtlichen Ansatzes in seiner vergleichenden Studie über radikale Handwerker in England und Frankreich eindrucksvoll unter Beweis gestellt⁵⁶. Doch die vorliegende Arbeit setzt bei der politischen Bewegung selbst an; diese wird also nicht als Reflex einer vorgegebenen sozialen Wirklichkeit verstanden, sondern als eigenständiges Feld menschlichen Handelns, in dem die Akteure soziale Identitäten in Auseinandersetzung mit konkurrierenden gesellschaftlichen und politischen Vorstellungswelten formulierten. Auch unter dieser Perspektive wird allerdings zu be-

⁵⁴ Robbins: *Nineteenth-Century Britain* (1989).

⁵⁵ McWilliam: *Popular Politics* (1998); Mares: *Verhältnis* (1999).

⁵⁶ Prothero: *Radical Artisans* (1997).

rücksichtigen sein, welche sozialen Gruppen sich vornehmlich als Rekrutierungsbasis der demokratischen Bewegung angesprochen fühlten.

Die Entscheidung für diese Vorgehensweise ergibt sich aus den Aporien, in die die sozialgeschichtlich orientierte Forschung in Bezug auf ihre Erklärung demokratischer Politik nach 1867 geraten ist. Die Ausdifferenzierungen innerhalb der demokratischen Bewegung nach der Wahlreform werden in der Forschung vornehmlich als institutionelle Verfestigungen ideologischer Lagerbildungen geschildert. In der Regel werden ein "moderater" Flügel und eine "radikale Richtung" unterschieden⁵⁷. Der gemäßigte Flügel gab sich dieser Interpretation zufolge zufrieden mit einem "passive support for Liberalism"⁵⁸ und bewegte sich politisch völlig "in tow to the Liberal Party"⁵⁹.

Weniger deutlich abgegrenzt und selbst wieder von Spaltungen durchzogen erscheint die radikale Richtung. Die grundlegende Trennlinie wird zwischen Verfechtern einer "demokratischen" Republik und den Anhängern einer "sozialen" Republik gezogen⁶⁰. Diese Unterscheidung basiert letztlich noch auf der Darstellung Royden Harrisons. Dieser charakterisierte 1965 soziale Reformforderungen als Ausdruck eines "proletarian Republicanism" und dessen Trägerschichten als "the proletarian left", die eine "dictatorship of the proletariat" angestrebt habe. Durch die Gegenüberstellung von "bourgeois Republicans" und "proletarian republicans" werden die programmatischen Unterschiede letztlich auf Unterschiede in der sozialen Herkunft der Protagonisten zurückgeführt⁶¹.

Räume Harrison immerhin noch ein, daß die Grenzlinien zwischen beiden Richtungen "fluid"⁶² waren, so verfestigten sie sich in jüngeren Darstellungen zu faktisch getrennten Flügeln der demokratischen Bewegung, die von "middle-class radicals and artisans" bzw. als "proletarian and socialist" charakterisierten Akteuren getragen waren⁶³.

Die Unterscheidung einzelner programmatischer Flügel der demokratischen Bewegung entbehrt keineswegs ihrer Berechtigung. Die Forschung hat jedoch schon seit längerem festgestellt, daß sich bestimmte politische

⁵⁷ Schaarschmidt: Außenpolitik (1993), S. 48 u. 367/368, Zitate S. 48.

⁵⁸ Taylor: Modes of Political Expression (1992), S. 719.

⁵⁹ Harrison: Poor Men' s Guardians (1974), S. 147.

⁶⁰ Nicholls: Lost Prime Minister (1995), S. 51.

⁶¹ Harrison: Before the Socialists (1965), S. 210-246, Zitate S. 210, 215, 212, 237 u. 214.

⁶² Ebd., S. 214.

⁶³ Williams: Contentious Crown (1997), Zitate S. 31 u. 32; Finn: After Chartism (1993), S. 265-273; D' Arcy: Charles Bradlaugh (1982), S. 367-369.

Positionen nicht plausibel auf soziale Differenzierungen innerhalb und zwischen einzelnen Gewerben oder auf die soziale Herkunft der Akteure zurückführen lassen. Sowohl die angeblich "bourgeoisien" als auch die angeblich "proletarischen" Kräfte rekrutierten sich weitgehend aus demselben sozialen Spektrum - vornehmlich der gelernten Handwerker- und Facharbeiterschaft⁶⁴. Der weiterhin gängigen Unterscheidung in moderate und extreme politische Richtungen ist somit ihr theoretischer Unterbau abhanden gekommen. Insofern programmatische Differenzen die Bewegung kennzeichneten, müssen sie auf andere Weise erklärt werden. Dazu ist es notwendig, das von der Forschung sehr wohl als charakteristisch erkannte, aber in seinen Konsequenzen nicht zureichend berücksichtigte "overlapping" zwischen den unterschiedlichen Vereinigungen als Ausgangspunkt zu nehmen. In der Regel erscheinen diese personellen Überschneidungen zwischen demokratischen Organisationen als Ausdruck fehlender ideologischer Klarheit. Demgegenüber soll die Offenheit gegenüber Repräsentanten anderer programmatischer Positionen im Folgenden nicht als sperriges Hindernis auf dem Weg zur Formulierung eines "eigentlichen" Klassenstandpunkts betrachtet, sondern als zentrales Merkmal demokratischen Selbstverständnisses und wesentliches Strukturelement demokratischer Politik herausgearbeitet werden. Nicht ideologisches Schwanken, sondern gerade der Wille zur Zusammenführung unterschiedlicher theoretischer Entwürfe zur Gestaltung praktischer Politik bildete die Grundlage für die Überwindung programmatischer Differenzen. Die Bedeutung des "talismanic word - UNION"⁶⁵ bestimmte seit dem späten Chartismus das Selbstverständnis demokratischer Politik. Dies heißt nicht, daß es keine heftigen Konfrontationen zwischen Vertretern differierender Konzepte gegeben hätte. Es bedeutet aber, daß nicht allein der Konflikt, sondern gerade das Wechselspiel von Konflikt und Kooperation die innere Entwicklung der demokratischen Bewegung charakterisierte. Das Selbstverständnis, Politik im Interesse des Volkes zu betreiben, ermöglichte es immer wieder, doktrinäre Unvereinbarkeiten zurückzustellen, um praktische Schritte der Reform zu erreichen. Spannungen ließen sich letztlich nie ganz ausräumen, aber es waren Spannungen innerhalb *einer* demokratischen Bewegung, die sich selbst als einen gemeinsamen Diskussionsraum empfand.

Insgesamt lassen sich somit keine präexistenten und konstanten "moderaten" oder "extremen" Flügel der demokratischen Bewegung ausmachen. Die

⁶⁴ Lummis: Labour Aristocracy (1994); Mommsen: Typologie (1979), S. 229.

⁶⁵ Northern Star 24.3.1849, S. 3 (A. A. Walton: To the Trades of Great Britain and Ireland).

Einschätzung demokratischer Politik als "moderat" oder "extrem" war vielmehr ein variabler Vorgang, der von Verschiebungen in den Wahrnehmungen der Zeitgenossen und den politischen Rahmenbedingungen abhing. Mit anderen Worten: Die demokratische Bewegung wies keine zwei Flügel auf, von denen der eine sich im "Schlepptau" der Liberal Party bewegt hätte, während der andere unabhängig operierte. Vielmehr kristallisierten sich diese Flügel erst im Laufe mehrerer Jahre durch die unterschiedliche Interpretation der Erfahrungen mit dieser Partei heraus. Statt also die Existenz eines "moderaten" und eines "extremen" Flügels vorauszusetzen, geht es darum, zum einen die Schaffung dieser Kategorien aus dem politischen Handeln und zum anderen ihre anhaltende Variabilität in Abhängigkeit von unterschiedlichen Perspektiven aufzuzeigen.

Kapitel 2 unternimmt die theoretische Grundlegung des hier vorgestellten Erklärungsmodells, das um das Konzept einer "demokratischen Bewegung" organisiert ist. Dabei gilt es, zentrale Kategorien wie "relative Autonomie des Politischen", Öffentlichkeit, Bewegung und Demokratie näher zu bestimmen. Die Kapitel 3 bis 5 untersuchen die wichtigsten Konstitutionselemente der demokratischen Bewegung. Dabei hat Kapitel 3 noch einführenden Charakter: Es stellt die wichtigsten landesweiten Organisationsansätze demokratischer Politik vor, um dem zuvor theoretisch begründeten Konzept der "demokratischen Bewegung" seine konkrete empirische Basis zu geben. Kapitel 4 beschreibt die politische Kultur der Demokraten und argumentiert, daß ein Ethos, das Politik als rationale Diskussion verstand, der demokratischen Bewegung über innere Konfliktlinien hinweg eine kulturelle Einheitlichkeit gab. Kapitel 5 schildert, wie die Demokraten sich unterschiedlicher theoretischer Traditionen bedienten, um ihre Forderung nach einer *government of, for and by the people* zu begründen. Kapitel 6 bis 8 stellen die Frage nach den Ansätzen zur Konstituierung eines "wahren" Liberalismus. Dabei widmet sich Kapitel 6 dem liberalen Gehalt des demokratischen Diskurses, während Kapitel 7 und 8 die konkrete Ausgestaltung der Suche nach einem "wahren" Liberalismus während der Jahre der ersten Gladstone-Regierung (1868-1874) untersuchen. Dabei wird argumentiert, daß die aktuellen Erfahrungen mit einer liberalen Regierung vor dem Hintergrund bestimmter Entwicklungstendenzen der öffentlichen Meinung eine demokratische Eigenständigkeit unterstützten, allerdings wegen der langfristigen Verhaftung an die Suche nach einem "wahren" Liberalismus letztlich nicht zur klaren Absage an eine liberale Politik führen konnten. Das Ziel des "wahren" Liberalismus begründete also einerseits das eigenständige

Bewußtsein der Demokraten gegenüber der Liberal Party, verhinderte aber andererseits die Ausarbeitung einer klaren programmatischen und organisatorischen Alternative.